

Elfriede Steffan – Genter Str. 57 – 13353 Berlin

Landesärztekammer Brandenburg
Anja Zimmermann M.A.
Pappelallee 5,
14469 Potsdam

Berlin, den 25.09.2020

Richtigstellung und Bitte um Veröffentlichung der Korrekturen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem bei Ihnen veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Zur gegenwärtigen Lage in Deutschland“ von Dr. Stephan Alder im Brandenburgisches Ärzteblatt 9/2020 wird eine unserer Studien falsch und verzerrend zitiert. Zudem wurden unzulässige Schlussfolgerungen aus Zitatstellen gezogen. Ich bitte Sie, diese Fehler richtig zu stellen und unsere Korrekturen schnellstmöglich zu veröffentlichen.

Vorbemerkung

Ziel der in o.a. Beitrag zitierten Studie „Bestandsaufnahme der Angebote der Gesundheitsämter in Deutschland für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter vor Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes“ war die Erfassung der Angebote der Gesundheitsämter für Sexarbeiter*innen in Deutschland. Die Erhebungen in den Gesundheitsämtern erfolgten für das Jahr 2016, also einem Zeitraum vor der Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes. Damit sollte es ermöglicht werden, zu einem späteren Zeitpunkt die Veränderungen, die insbesondere durch die Übertragung der gesundheitlichen Pflichtberatung an die Gesundheitsämter durch die Umsetzung der neuen Gesetzgebung ab 2017 zu erwarten waren, beurteilen zu können.

Im Fokus der Studie standen also die Angebote der Gesundheitsämter und die durch diese erreichten Sexarbeiter*innen. Schlussfolgerungen auf die Gesamtheit und Zusammensetzung der Sexarbeiter*innen in Deutschland sowie auf die Anzahl ihrer Kunden, der Freier, können aus dieser Studie nicht gezogen werden.

Zu den Fehlern im Einzelnen:

a) Ihr Autor schreibt:

„Nach Schätzungen stieg die Anzahl an Prostituierten in Deutschland in diesem Zeitraum (2002-2020) erheblich und die der Freier ebenso. Nach einer Studie von 2018 (Steffan et al, 2018, S. 73) konnten 44 % aller Gesundheitsämter (158 von 362) Daten zur Prostitution erheben. Demnach gibt es 40.000

durch Fachdienste in Gesundheitsämtern kontaktierte Prostituierte in Deutschland, woraus sich eine Gesamtzahl von ca.100.000 für Deutschland ableiten lässt (davon mindestens 8.000 allein in Berlin)“ (S.22)

Richtigstellung

Richtig ist, dass 44% (158) der Gesundheitsämter in Deutschland an der Befragung teilgenommen haben, jedoch konnten davon 109 Gesundheitsämter Angaben zur Anzahl von Sexarbeiter*innen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsregionen machen. Zusammenfassend schätzen diese, dass über 40.200 Sexarbeiter*innen in den befragten Regionen anzutreffen sind, fast 32.000 in den Großstädten und Metropolen und 8.200 in kleineren Städten und dem ländlichen Raum. Der Anteil von Migrant*innen wird von Fachdiensten in Großstädten und Metropolen auf 78% aller Sexarbeiter*innen geschätzt, von Gesundheitsämtern in kleineren Städten und dem ländlichen Raum auf 65%. Von den Gesundheitsämtern erreicht wurden aber nur etwas über 20.000 Sexarbeiter*innen. Von diesen Schätzungen auf eine Gesamtzahl der Sexarbeitenden in Deutschland zu schließen, ist nicht möglich und wir haben in unserer Studie hierzu auch keine Schätzungen angegeben.

Wir schätzen im Übrigen auch nicht, dass „die Anzahl der Prostituierten in dem Zeitraum 2002 bis 2020“ erheblich zugenommen hat. In unserer Regionalanalyse, die wir im Rahmen der Studie durchgeführt haben, gehen wir von unterschiedlichen Entwicklungen in den betrachteten Regionen aus. So haben sich die von den Gesundheitsämtern geschätzten Zahlen im Vergleich mit 1994 zum Teil gar nicht verändert, sie sind z.B. in Nürnberg und Stuttgart exakt gleichgeblieben; in Stuttgart beispielsweise liegt die von der Polizei geschätzte Anzahl sowohl 1994 als auch 2016 um 1.400, im Jahr 2016 exakt bei 1.445 (a.a.O. S. 13). In einigen anderen Städten gab es Zunahmen, z.B. in Berlin (Entwicklung zur Hauptstadt), sie werden von Expert*innen von 5.000 bis auf 6.000 bis 8.000 Sexarbeiter*innen geschätzt (a.a.O., S.10), also auch nicht auf „mindestens 8.000“, wie Ihr Autor schreibt.

b) Der Beitrag behauptet weiter:

Für Deutschland geht man auch in der genannten Studie von 2018 von 8 % der Bürger Deutschlands aus, die als Freier zu Prostituierten gehen (Steffan et al, 2018, S. 73). (S.22)

Richtigstellung:

Dieses Zitat ist insgesamt falsch. Wir haben in dieser Studie keine Schätzung eines Anteils von Freiern unter der männlichen Bevölkerung vorgenommen. Offenbar hat der Autor eine Stelle missverstanden, an der wir schreiben, dass ca. 8% der von den Gesundheitsämtern erreichten Sexarbeiter*innen männlichen Geschlechts sind.

c) Der Beitrag behauptet weiter:

„Diese sehr neuen Zahlen bestätigen tendenziell die Zahlen der Studie von Steffan et al. in Zusammenarbeit mit dem Robert Koch-Institut in Berlin von 2018. Demnach kommen ca. 80 % der Prostituierten(Steffan et al,2018, S.73) aus dem EU-Ausland (z.B. Bulgarien, Rumänien, Polen) nach Deutschland, viele Freier/Sexkäufer ebenso (allerdings z. B. aus Frankreich und anderen Ländern durch weltweiten Sextourismus nach Deutschland).(S.23)

Richtigstellung:

Auch an dieser Stelle betreffen unsere Aussagen ausschließlich das Klientel der beteiligten Gesundheitsämter, also Rat und Versorgung suchende Sexarbeiter*innen. Unsere Studie macht keine Aussagen über die Zusammensetzung der Gesamtheit von Prostituierten in Deutschland.

Zudem äußern wir uns an keiner Stelle zu Sextourismus. Für die Behauptung, dass viele Freier „durch weltweiten Sextourismus nach Deutschland“ kämen, liefert unsere Studie keinerlei Belege.

Wie die Qualität des Beitrags vor dem Hintergrund dieser falschen und fragwürdigen Nutzung unserer Studie zu beurteilen ist, überlassen wir gern Ihnen und Ihren Leser*innen. Wir legen jedoch größten Wert darauf, dass Sie Ihre Leser*innen zeitnah über unsere Richtigstellungen informieren.

Bitte geben Sie uns Bescheid, wann Sie die Korrekturen vornehmen. Zur Überprüfung können Sie gerne die betreffende Studie bei mir anfordern.

Nicht zuletzt möchten wir darauf hinweisen, dass eine tendenziöse Lesart und fundamentalistische Verurteilung von Sexarbeit solche Fehler begünstigt. Eine nüchterne und sachgerechte Betrachtung unserer Studie würde die zentrale Position des Beitrags nicht belegen, sondern ihr entgegenstehen: Wer Sexarbeit verbietet, verschärft die Stigmatisierung von Prostituierten und fördert gesundheitliche Risiken.



Mit freundlichen Grüßen

Elfriede Steffan Sozialwissenschaftlerin

Ehemals SPI Forschung gGmbH